

Democracy and Democratization in Asia

Louvain-la-Neuve, 30. Mai - 1. Juni 1994

Der Zivilisationshistoriker Leslie Lipson sagt in seinem jüngsten Werk den ostasiatischen Zivilisationen im bevorstehenden Übergang zum dritten Jahrtausend bessere Chancen nicht nur gegenüber der westlichen, sondern auch gegenüber der viel Lärm um sich verbreitenden islamischen Zivilisation voraus. Für den Westen kann der wirtschaftliche und in diesem Fall auch zivilisatorische Aufschwung Ostasiens allerdings nur dann bedrohend sein, wenn dort keine substantielle Demokratisierung stattfindet. Von der Einsicht geleitet, daß demokratische Staaten keinen Krieg gegeneinander führen, hat die belgische Asienexpertin Michèle Schmiegelow zusammen mit ihrem Mann vom Bonner Weizsäcker-Präsidialamt Finanzhilfe von der Japan-Foundation und der belgischen Nationalbank erhalten, um Asien-Experten in Louvain zu versammeln; sie sollten policy-orientiert über die Potentiale der Demokratie in Asien im weltpolitischen Kontext nachdenken.

Das Treffen eröffnete der japanische Botschafter in Belgien Jun-ichi Nakamura mit den Worten, daß die Zeiten des westlichen Universalismus auch im Bereich der Demokratie vorbei seien: "In Asien findet die Demokratisierung nach dem Asian Way statt". Nakamura forderte die Europäer auf einzusehen, daß Japan und nicht der Westen das Modell für die Demokratisierung Asiens sei.

Die in Louvain versammelten Asien-Experten befürchten, daß der Kampf zwischen Demokratie und Kommunismus in der Weltpolitik nun von dem von Huntington beschworenen Zusammenprall der Zivilisationen abgelöst werden könnte, wobei der Westen nicht mehr wie bisher als eine Verkörperung der Demokratie stehen würde. Aus dieser Befürchtung heraus ist der Wunsch geboren, daß sich unterschiedliche Zivilisationen, statt einander zu bekämpfen, auf einen politisch-ethischen Kernbereich einigen mögen, der kompatible Demokratie-Vorstellungen einschließt. Die Idee der offenen Gesellschaft und eine sie stützende freie Marktökonomie könnten die Substanz des internationalen Konsenses über Demokratie bilden. Ein solcher Konsens wäre nicht mehr von westlich dominiertem Universalismus geprägt, weil er Vielfalt zuläßt, ohne in einen Werte-Relativismus zu münden.

Nun gibt es keine gesamt-asiatische Zivilisation, und das von Huntington befürchtete "islamisch-konfuzianische Bündnis gegen den Westen" scheint nicht realistisch zu sein. Vielmehr dürfte das japanische Modell ausschlaggebend zu sein. Wäre Japan nicht demokratisch, dann könnte ein japanisch-westlicher Krieg auf der Tagesordnung stehen. Aber Japan ist nicht nur nicht anti-westlich. Seine Wirtschaft stützt sich ja gerade auf die - auf die gesamte Welt übertragene - Vorstellung einer Marktwirtschaft. Japan könnte den anderen asiatischen Staaten in der Hinsicht als Modell dienen, daß die Stärke einer Zivilisation eben in der "Fähigkeit besteht, von fremden Erfahrungen zu lernen", wie der führende japanische Professor Seizaburo Sato hervorhob. Japans Stärke wäre ohne die Lernprozesse, die die Japaner bei ihrer Begegnung mit dem Westen durchliefen, undenkbar.

Obwohl - wie auch bei dem Treffen der Asien-Experten in Louvain - generell von Asien im allgemeinen gesprochen wird, besteht Klarheit über die Regionalisierung innerhalb der großen asiatischen Zivilisationen. Shintoismus, Buddhismus

mus und Konfuzianismus müssen Asien mit Islam und Hinduismus teilen. Bei den letzteren scheinen die Zukunftsaussichten nicht so rosig wie bei den ersteren zu sein, wenngleich im Hinblick auf den Islam ein Unterschied zwischen Südost-, Süd- und Westasien gesehen wird. Der Islam ist in Südostasien, z.B. in Indonesien - etwa im Gegensatz zum westasiatischen Iran -, sehr weltoffen und aufgeschlossen, so daß die Chancen für eine Demokratisierung in jenem islamischen Land von den Experten hoch eingeschätzt werden. In der Region, die Europäer als Nahen Osten bezeichnen, Asienexperten aber "West-Asien" nennen, gedeiht der religiöse Fundamentalismus, der nicht nur anti-westlich orientiert ist und somit die vom japanischen Professor Sato angegebene Voraussetzung der Lernfähigkeit aus fremden Erfahrungen nicht erfüllt, sondern auch für Demokratie nicht gerade offen ist. In Südasien (Indien und Pakistan u.a.) leidet die Demokratisierung nicht nur unter dem Konflikt zwischen den beiden führenden Staaten jener Region, sondern auch unter dem Zusammenprall zwischen Hinduismus und Islam als zwei rivalisierenden Zivilisationen.

Der Rektor der Jawaharlal Nehru-Universität in Neu-Delhi Kuldeep Mathur - selbst eine Hindu - hat mit Sorge beobachtet, wie der Hindu-Fundamentalismus die säkulare Demokratie in Indien bedroht. Daß die ca. 130 Millionen Muslime umfassende muslimische Minderheit in Indien - obwohl nicht fundamentalistisch orientiert - auf Anwendung der Scharia innerhalb der indischen Islam-Gemeinde besteht, bietet nach Mathur nur Nährfutter für die Hindu-Fundamentalisten, die wie folgt argumentieren: "Wir sind die Mehrheit und müssen uns säkularisieren, also uns nicht-hinduistischen Normen fügen, während die Muslime als Minderheit das Recht bekommen, nach der Scharia zu leben." Hindu-Fundamentalisten ziehen daraus die Konsequenz, daß Indien nach der Mehrheit der Bevölkerung hinduistisch und nicht säkular ausgerichtet sein müsse. Das wäre das Ende der Demokratie in Indien. Denn der Hindu-Staat würde dann als eine Alternative zum säkularen demokratischen Staat propagiert.

Die Frage der Säkularität wird in Westasien noch heftiger als in Südasien debattiert, weil die muslimischen Westasiaten (Araber, Türken und Perser) im Zuge des Wiedererstarkens des politischen Islam und des Scheiterns des säkularen Nationalstaates nach dem Modell des islamischen Staates Ausschau halten. Ein islamischer Staat und Demokratie vertragen sich nicht, womit sich Westasiaten weit von der Demokratie entfernen. Muslime in Westasien sind nicht nur anti-westlich orientiert; sie sind auch für den vom japanischen Botschafter in Brüssel für Asien verkündeten "Japanese Way of Democracy" nicht offen.

Kurzum: Aus der Perspektive der Demokratisierung ist die Kluft zwischen den Zivilisationen auf dem asiatischen Kontinent kaum zu übersehen. Ein Brückenschlag zur Überwindung dieser Kluft ist erforderlich, und dies bedeutet neues policy-orientiertes Nachdenken über die Demokratie, die in der Weltpolitik entwestlicht werden müßte. Ostasiaten verstehen unter Entwestlichung der Demokratie - wie der Asienexperte Gilbert Rozman (Princeton) es zusammenfaßte - das Überwinden der westlich geprägten Dichotomien zwischen individuellen und Gruppenrechten, zwischen formellem Recht und Moralität, zwischen der Öffentlichkeit und der Privatheit und schließlich zwischen individueller Freiheit und gemeinschaftsorientierter Verantwortung.

Eine Rückschau auf die Demokratisierungspotentiale in Asien zeigt, daß der Konfuzianismus für Demokratie offener als der Islam ist. Die Islamisierungser-

fahrung in Pakistan weist in die andere Richtung, d.h., sie führt gerade zum Abdriften von der Demokratie. Ostasiaten argumentieren, der Konfuzianismus sei offener als der Islam für Lernprozesse von anderen oder, wie die Experten es nannten, "to listen with the mind of learning". Hier taucht jedoch die Frage des Fundamentalismus auf, die zu Differenzierungen zwingt: Nicht der Islam als solcher ist nicht offen für Demokratie, sondern islamisch-fundamentalistische Ideologien. Auf dem Höhepunkt ihrer Zivilisation im Mittelalter haben Muslime das griechische, also nicht-islamische Erbe kennengelernt und vieles davon übernommen. Diese Offenheit vermißt man heute. Bleiben West- und Südasien weiterhin unter dem Einfluß des religiösen Fundamentalismus, während Buddhismus, Shintoismus und Konfuzianismus in Ostasien sich weiter entwickeln und demokratisieren, dann würde sich in bezug auf Demokratie eine Kluft innerhalb Asiens bilden. Das "konfuzianisch-islamische Bündnis gegen den Westen" bliebe im luftleeren Raum. Der demokratische Hoffnungsschimmer liegt bei der mit 160 Millionen Bewohnern größten islamischen Nation in Asien: Indonesien. Jenes Land zeigt, daß der Islam auch tolerant und demokratisch sein kann. Aber die Ausstrahlung des Islam im Übergang zum 21. Jahrhundert geht von Westasien, nicht von Südostasien aus.

Bassam Tibi

Naturraum und Landnutzung in Südostasien. Bericht über den Tropentag 1994 Gießen, 9.-10.Juni 1994

Das enorme Wirtschaftswachstum der Länder Südostasiens beruht zu einem gutem Teil auf einer äußerst aggressiven und strikt marktorientierten Agrarpolitik bei rigoroser Ausnutzung der natürlichen Ressourcen bis hin zur Abholzung und Rodung weitflächiger Regenwaldgebiete. Die Frage, welche Folgen für den Naturraum aus dieser Bodennutzungspolitik bereits eingetreten bzw. noch zu erwarten sind, stand im Mittelpunkt des diesjährigen Tropentages, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Zentrum Tropeninstitut der JLU Gießen. Die Veranstaltung wurde von Prof.Dr. U. Scholz und seinem Mitarbeiter T. Brauns vom Geographischen Institut organisiert und von der Gießener Hochschulgesellschaft finanziell unterstützt. Vor rund 150 großenteils auswärtigen Gästen berichteten zwölf Wissenschaftler, darunter sechs Gießener, im großen Hörsaal des Botanischen Institutes über ihre Forschungen in den Ländern Südostasiens.

Prof.Dr. Uhlig und Prof.Dr. Scholz (Geographisches Institut der Universität Gießen) stellten in den beiden ersten Referaten die vielfältigen Formen der Naßreisproduktion in Südostasien vor, wobei Prof. Uhlig sich auf die wechselfeuchten Gebiete "Monsun Asiens" konzentrierte und Prof. Scholz die dauerfeuchte äquatoriale Zone in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Bemerkenswerterweise ist die Reisproduktion auf bewässerten Flächen in den vergangenen 20 Jahren stärker als die Bevölkerung angewachsen. Dieser Erfolg gelang vor allem durch eine Intensivierung des Anbaus bei relativ geringer Neuerschließung von Anbauflächen und damit einer weitgehenden Schonung der Regenwälder. Wie Prof. Uhlig und Prof. Scholz erläuterten, entstanden an die